GRÜNE Schweiz
Miro Poffa
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch
031 326 66 12

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
CH-3003 Bern

per Mail an: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Bern, 1. April 2025

Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN zur Stellungnahme zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN lehnen sowohl den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates wie auch die Volksinitiative dezidiert ab. Sie stellen fest, dass der Bundesrat die Volksinitiative zwar ablehnt, mit dem Gegenvorschlag aber das Hauptanliegen der Initiative noch schneller umsetzen will und im Gesetz den Bau neuer Atomkraftwerde ermöglichen will. Es handelt sich dabei um eine grobe Missachtung des Willens der Stimmbevölkerung, welche den Atomausstieg erst 2017 beschlossen hat und im Juni 2024 mit dem Stromgesetz die Energiewende bestärkt hat.

Dieses Vorhaben sabotiert die Energiewende: Einerseits setzt der Bundesrat damit falsche Zeichen, die zu neuen Atomplänen von Stromunternehmen führen. Ressourcen, die jedoch dringend für die Energiewende gebraucht werden. Anderseits kommt es durch die unflexible Bandenergie zu einer Konkurrenzsituation mit Solarstrom und damit zu Fehlanreizen. Die moderne Stromversorgung ist flexibel, steuerbar und dezentral – das Gegenteil der monopolistischen und zentralisierten Atomenergie ohne Flexibilität.

Auch aufgrund der Planungs- und Bauzeiten von mindestens 25 Jahren, handelt es sich bei der Atomkraft um keine Lösung für unsere Energieversorgung. Neue Atomkraftwerke werden nicht rechtzeitig ans Netz gehen, um zur Erreichung der Klimazielen beizutragen. Bis neue AKW in Betrieb sind, haben wir die Energiewende geschafft. Und auch die Risiken der Atomenergie bleiben seit jeher bestehen: Das inhärente Sicherheitsrisiko mit potenziell verehrenden Folgen ist enorm. Die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen ist weiterhin ungelöst. Genauso die Abhängigkeit vom Ausland – in der Schweiz gibt es schlicht kein Uran.

Die hohen Bau- und Betriebskosten von Atomkraftwerken machen deren wirtschaftlichen Betrieb ohne massive staatliche Subventionen unmöglich. Ohne aufzuzeigen, wie diese finanziert werden, streut der Bundesrat der Bevölkerung mit dieser Vorlage nichts als Sand in die Augen. Die GRÜNEN fordern vom Bundesrat deshalb, den eigenen Energieperspektiven zu folgen, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten und die Volksinitiative abzulehnen.

Der Weg zur Energiestrategie 2050

Am 11. März 2011 führte in Fukushima eine durch Seebeben ausgelöste Tsunamiwelle zum grössten atomaren Unfall seit Tschernobyl. Die Überflutung löste ein nukleares Desaster aus. Die WHO geht von knapp 10'000 strahlenbedingten Krebsfällen aus, unabhängige Institutionen schätzen die Kosten der Katastrophe auf 500 bis 600 Milliarden US-Dollar.

Die Schweizer Politik reagierte. 2017 bestätigte die Schweizer Stimmbevölkerung die Energiestrategie 2050 deutlich und beschloss damit den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie sowie das Verbot neuer Kernkraftwerke. Noch ambitioniertere Ziele der Energiestrategie und die dazugehörigen Massnahmen und Finanzierungen wurden erst im letzten Jahr durch die sehr deutliche Annahme des Stromgesetzes ein weiteres Mal bestätigt.

Nur sieben Jahre nach dem Urnengang von 2017 stellt der Bundesrat mit dem Gegenvorschlag diesen Entscheid wieder infrage und untergräbt damit das politische Vertrauen. Er schürt Unsicherheiten bei Bevölkerung und Wirtschaft, er löst Planungsunsicherheiten bei Energieversorgern hinsichtlich der langfristigen Investitionsplanung aus und verzögert damit dringend notwendige Investitionen in erneuerbare Energien.

Eine Scheindebatte um eine obsolete Technologie

Mit diesem Gegenvorschlag führt der Bundesrat nun unsinnige Debatte um eine Technologie, die weder notwendig noch gewollt ist. Die Schweiz hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 Netto-Null-Treibhausgasemissionen zu erreichen. Schon heute ist klar: Neue Atomkraftwerke werden zu diesem Ziel keinen Beitrag leisten. Die erforderlichen Verfahren und die lange Bauzeit würden mehrere Jahrzehnte beanspruchen, eine Inbetriebnahme vor 2050 ist daher unrealistisch. Dies bestätigt auch der CEO der Axpo[1], die mit knapp 60% den grössten Teil der Schweizer Kernkraftwerks-Produktionskapazitäten unterhält. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt zudem, dass die Energiewende, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien, ohne Strom aus Atomkraftwerken erreicht werden kann.[2] Angesichts der Dringlichkeit das Netto-Null-Ziel zu erreichen, sind Investitionen in Atomkraftwerke klare Fehlinvestitionen – die dort fehlen, wo wir sie brauchen: Beim zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Darüber hinaus ist die von Atomkraftwerken produzierte unflexible Bandenergie für unser zukünftiges Energiesystem ungeeignet. Unser Energiesystem wird geprägt sein von variierender Stromproduktion im Zusammenspiel mit flexiblen Speicher- und Verbrauchsmöglichkeiten. Sowohl Produktion wie Verbrauch werden durch Flexibilität bestimmt sein, Speichertechnologien werden Schwankungen ausgleichen. Eine schnelle

[1] „25 Jahre nimmt ein neues [Kern]-Kraftwerk mit allen heutigen politischen Prozessen wohl schon in Anspruch.“, St. Galler Tagblatt, 05.12.2024
[2] https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2024_ZHAW_Treibhausgasemissionen/Studie_Stromgesetz-Einfluss-auf-THG-Emissionen-Schweiz_ZHAW.pdf

Anpassung der Stromerzeugung an kurzfristige Schwankungen im Netz ist mit den heutigen Reaktortechnologien aber nur eingeschränkt möglich und wirtschaftlich ineffizient.

Bei der Atomkraft handelt es sich zudem um ein erhebliches Klumpenrisiko. Der Ausfall eines einzigen Reaktors gefährdet die Stabilität unserer Stromversorgung. Dezentrale, kleinere Photovoltaik-Anlagen bieten eine deutlich höhere Resilienz[3] und werden unser zukünftiges Energiesystem bestimmen. Durch inländische erneuerbare Stromproduktion, eine optimierte Nutzung von Speichern, internationalem Stromaustausch und einer Reduktion des Verbrauchs, wird die Kernkraft obsolet: auch im Winter.

Ein Risiko, das niemand tragen kann

Nuklearanlagen bergen inhärente Risiken. Ein Unfall in der dicht besiedelten Schweiz hätte verheerende Konsequenzen. Weite Teile der Schweiz und angrenzender Länder könnten unbewohnbar werden, die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen wäre gefährdet. Ernsthafte Gesundheitsprobleme wie Krebs oder andere Langzeitschäden wären die Folgen. Von einem solchen katastrophalen Ereignis wären in der Schweiz Millionen Menschen betroffen, denn die Grossstädte Zürich, Basel und Bern befinden sich in relativer Nähe zu den AKW Leibstadt, Beznau und Gösgen. Von den unvorstellbaren Schäden an Menschen und Umwelt abgesehen, wären die Kosten eines Unfalls astronomisch. Schätzungen variieren zwischen 80 Milliarden und 8000 Milliarden Euro. Die versicherte Deckungssumme für AKW-Unfälle in der Schweiz beträgt 1,8 Milliarden Euro – höchstens ein symbolischer finanzieller Beitrag an die Schadensbeseitigung. Der Rest müsste von der Allgemeinheit fernab des Verursacherprinzips übernommen werden.

Die sichere Langzeitlagerung der hochradioaktiven Abfälle ist weiterhin ein ungelöstes Problem. Mit jedem ausgedienten Brennelement übergeben wir die Verantwortung für eine hochgefährliche Substanz an die zukünftigen Generationen. Weltweit scheitern Projekte zur Endlagerung, die technischen und organisatorischen Herausforderungen sind enorm. Zentrale Fragen wie die Rückholbarkeit der Abfälle im Falle eines Versagens oder die endgültige Standortbestimmung sind auch in der Schweiz weiter ungeklärt. Bisher existiert lediglich ein Gesuch für ein Tiefenlager, das aber weder durch die Aufsichtsbehörden, die Schweizer Regierung oder der Stimmbevölkerung bestätigt wurde. Selbst wenn das Tiefenlager Lägern-Nord der Nagra wie geplant umgesetzt werden könnte: Es könnte keine radioaktiven Abfälle von zusätzlichen Atomkraftwerken aufnehmen.[4] Für neue Atomkraftwerden müssten neue Standorte gefunden und zusätzliche Tiefenlager gebaut werden.

Ein Rohstoff mit ungewollten Abhängigkeiten

Der Abbau von Uran hinterlässt radioaktiv strahlende Abraumhalden, während aggressive Chemikalien wie Schwefelsäure, Quecksilber oder Arsen zur Verarbeitung von Uranerz Böden und Gewässer kontaminieren. Besonders davon betroffen sind indigene Gemeinschaften: Rund 70 % der weltweiten Uranvorräte befinden sich auf Land von indigenen Völkern, die überproportional von den gesundheitlichen und ökologischen Folgen des Uranabbaus betroffen sind. Minen sind oft nicht genügend durchlüftet, wodurch die Radioaktivität bei den indigenen Arbeitern zu Lungenkrebs und Leukämie führt.

---

[3] Resilienz in der Schweizer Energieversorgung auf dem Weg zur Klimaneutralität - Ein modell-basierter Szenarienvergleich für 2035 https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2022_DIW_Resilienz/20220622_DIW_Resilienzstudie.pdf

[4] https://www.nzz.ch/schweiz/ist-es-im-untergrund-wirklich-voll-oder-hat-es-noch-platz-fuer-13-malmehr-atommuell-das-gesuch-der-nagra-gibt-zu-reden-ld.1858370

Mit der Atomkraft ist die Schweizer Energieversorgung schon heute von autokratischen Regimen abhängig. 45 % des Urans von Schweizer Atomkraftwerke stammt heute aus Russland. Die Axpo kündigte zwar vor kurzem an, seine Handelsbeziehungen mit Russland beenden zu wollen, stürzt sich nun aber in die Arme Kasachstans,[5] ein autoritärer Staat, der aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen unter anderem von Amnesty International scharf kritisiert wird.[6]

Durch solche Uranimporte unterstützt die Schweiz Staaten, die Atomtechnologien in militärische Anwendungen umwandelt (Dual-Use-Technologien). Denn hinter der Fassade ziviler Nutzung verbirgt sich das tödliche Potenzial für Atomwaffen: Angereichertes Uran und Plutonium dienen als Rohstoffe für militärische Zwecke. Ein ernsthaftes Risiko für die internationale Stabilität und die Neutralitätsinteressen der Schweiz und ein Grund, weshalb die Vereinten Nationen mit dem Atomwaffenverbotsvertrag ein klares Zeichen gegen Entwicklung, Besitz und Einsatz von Atomwaffen setzen.

Schäden an Menschen und Umwelt, die Abhängigkeit von autoritären Regimen und die Unterstützung für Atomwaffenstaaten: Uran ist Rohstoff des Elends, von dem wir uns dringend lösen müssen.

Eine Gefährdung der Erneuerbaren

Diese Scheindebatte um eine obsolete Technologie ist auch deshalb so gefährlich, weil sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefährdet. Atomkraftwerke sind ohne staatliche Unterstützung oder Garantien wirtschaftlich nicht rentabel. Der Bau kostet mehrere Milliarden und dauert Jahrzehnte. Es kommt zu Verzögerungen und massiven Kostenüberschreitungen, wie jüngste Beispiele aus Finnland (Olkiluoto 3; 18 Jahre Bauzeit, viermal so teuer wie geplant), England (Hinkley Point C; bis jetzt sechs Jahre Bauverzögerung, mit 50 Milliarden Euro doppelt so teuer wie geplant) oder Frankreich (Flamanville; 18 Jahre Bauzeit, über 23 Milliarden Euro Baukosten bei ursprünglich geplanten 3.3 Milliarden) zeigen. Ohne massive staatliche Subventionen und Garantien sind solche Projekte kaum realisierbar – die zu erwartenden Mehrkosten müssten von der Allgemeinheit getragen werden und werden mit fortschreitender Bauzeit immer höher.

Das führt zu einer Verteilungsdiskussion um staatliche Fördermittel. Schon jetzt fordern bürgerliche Politiker*innen Subventionen für den Bau neuer Atomkraftwerke. Dabei sollen vor allem die Fördergelder für erneuerbare Energien die Investitionen in die Atomenergie finanzieren.[7] Anstatt den dringend notwendigen Ausbau von erneuerbaren Energien zu fördern, sollen Milliarden in Technologien investiert werden, die uns in frühestens 25 Jahren höchst problematischen Bandstrom produzieren. Für die GRÜNEN ist klar: Die Diskussion um den vorliegenden Gegenvorschlag gefährdet den Ausbau von erneuerbaren Energien und damit die Erreichung unserer Klimaziele.

[5] https://www.srf.ch/news/schweiz/brennelemente-aus-russland-atomstrom-ohne-russisches-uran-axpo-hat-neue-liefervertraege
[6] https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/eastern-europe-and-central-asia/kazakhstan/
[7] https://www.nzz.ch/schweiz/zeitenwende-in-der-energiepolitik-akw-befuerworter-fordern-subventionen-fuer-neue-atomkraftwerke-ld.1844925

Die GRÜNEN werden ein Referendum ergreifen

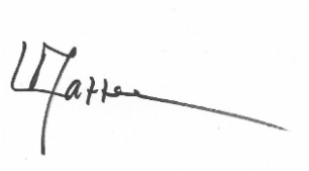
Die GRÜNEN Schweiz fordern den Bundesrat deshalb auf, auf die weitere Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu verzichten, die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout-Stoppen)» abzulehnen und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Die Priorität liegt bei der Umsetzung des Stromgesetzes. Die Massnahmen müssen so implementiert werden, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2035 35 TWh erreichen.

Sollten sich Bundesrat und Parlament nicht für diesen Weg entscheiden, werden die GRÜNEN das Referendum ergreifen. Das hat die Delegiertenversammlung der GRÜNEN Schweiz schon am 19. Oktober 2024 entschieden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin

Miro Poffa
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr